Stadt Königs Wusterhausen Stadtverordnetenversammlung	Beschlussvorlage Nr. 10-22-215	-1-
--	---	------------

Fachbereich: Zentrale Dienste

Status: öffentlich

Seitenzahl: 01 - 03

Anlage(n):

Vorlage von den Fraktionen CDU, Die Linke, Miteinander,
Stimme für KW und Vereinigte Bürgerfraktion

Beschlussgegenstand:

Verfahren kommunaler Straßenbau

Beratungsfolge	Termin	Zuständigkeit
Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Umwelt	07.11.2022	Vorberatung
Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen	09.11.2022	Vorberatung
Hauptausschuss	14.11.2022	Vorberatung
Stadtverordnetenversammlung	28.11.2022	Entscheidung
Ortsbeirat Zeesen	09.01.2023	Anhörung
Ortsbeirat Diepensee	10.01.2023	Anhörung
Ortsbeirat Senzig	10.01.2023	Anhörung
Ortsbeirat Wernsdorf	10.01.2023	Anhörung
Ortsbeirat Zernsdorf	11.01.2023	Anhörung
Ortsbeirat Niederlehme	12.01.2023	Anhörung
Ortsbeirat Kablow	19.01.2023	Anhörung
Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Umwelt	23.01.2023	Vorberatung
Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen	25.01.2023	Vorberatung
Ortsbeirat Königs Wusterhausen	02.02.2023	Anhörung
Hauptausschuss	06.02.2023	Vorberatung
Stadtverordnetenversammlung	20.02.2023	Entscheidung

Stadt Königs Wusterhausen Stadtverordnetenversammlung	Beschlussvorlage Nr. 10-22-215	-2-
--	---	------------

Finanzielle Auswirkungen:

Ja Nein

☐	im Finanzhaushalt	Buchungskonto	Höhe	Jahr
☐	einmalig			
☐	laufend, jährlich			
☐	Deckungsmittel stehen bei dem zuständigen Buchungskonto zur Verfügung			
☐	Deckung erfolgt:			
		Buchungskonto	Höhe	Jahr
☐	Folgeauszahlungen			
☐	Folgeeinzahlungen			
	<u>Begründung:</u>			

☐	im Ergebnishaushalt	Buchungskonto	Höhe	Jahr
☐	einmalig			
☐	laufend, jährlich			
☐	Deckungsmittel stehen bei dem zuständigen Buchungskonto zur Verfügung			
☐	Deckung erfolgt:			
		Buchungskonto	Höhe	Jahr
☐	Folgeaufwendungen			
☐	Folgeeinträge			
	<u>Begründung:</u>			

Stadt Königs Wusterhausen Stadtverordnetenversammlung	Beschlussvorlage Nr. 10-22-215	-3-
--	---	------------

Vorlage von den Fraktionen CDU, Die Linke, Miteinander, Stimme für KW und Vereinigte Bürgerfraktion

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung Königs Wusterhausen beschließt Folgendes:

1. In den Haushaltsjahren 2024 und 2025 werden keine neuen Planungskosten für die erstmalige Erschließung von Anliegerstraßen, den sogenannten Sandpisten eingeplant. Die für 2023 geplanten Vorhaben werden zur Abstimmung gestellt.
2. Die Bürgermeisterin wird beauftragt, bis zum 4. Quartal 2023 eine Kategorisierung der städtischen Straßen analog der Regelung in § 4 der Straßenbaubeitragssatzung zu erarbeiten und in die Erschließungsbeitragssatzung einzuarbeiten. Ziel ist die Entlastung der Anlieger, deren Straßen auf Grund öffentlichen Interesses einen höheren Ausbaustandard erhalten sollen, als für einfache Anliegerstraßen üblich.
3. Die Bürgermeisterin wird beauftragt, bis zum 4. Quartal 2023 eine Entlastungsregelung für erstmalig zu erschließende Sandstraßen, die nur einseitig bebaut sind, zu entwerfen und der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung vorzulegen.
4. Die Bürgermeisterin wird beauftragt, bis zum 4. Quartal 2023 eine „Unterhaltungskostensatzung“ für den Unterhalt von noch nicht erschlossenen Anliegerstraßen zu entwerfen und der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung vorzulegen.
5. Die Bürgermeisterin wird beauftragt, den privat finanzierten Straßenbau stärker zu fördern. Dies kann zum Beispiel durch regelmäßige Artikel in städtischen Publikationen, prominente Platzierung auf der Internetseite der Stadt, regelmäßige Informationsveranstaltungen u.v.m. erfolgen.

Begründung:

Die aktuelle wirtschaftliche Situation und die daraus erheblich gestiegenen finanziellen Belastungen der Bürger können nicht unbeachtet bleiben. Diese führen unter anderem auch im Zusammenhang mit den Sandpistenausbau zu finanziellen Notlagen und Gefahr des Zwanges der Veräußerung von Wohneigentum. Das stellt aus unserer Sicht eine vermeidbare Härte dar und soll angemessen geregelt werden. Gleichzeitig wird die Notwendigkeit, den Ausbau der Sandpisten voranzutreiben aus Gründen der Verkehrssicherheit, der Ver- u. Entsorgungssicherheit und im Besonderen der Sicherheit für Bürger mit körperlichen Einschränkungen, gesehen. Die Kostenentwicklung im Erschließungsstraßenbau wird mit ursprünglich von einst ca. 5,00 €/ Quadratmeter anrechenbarer Fläche bis aktuell ca. 29,00 €/Quadratmeter anrechenbarer Fläche beobachtet. Von weiteren Kostensteigerungen ist auszugehen.

Eine Lösung kann der privat finanzierte Straßenbau sein, hier waren für die Anlieger in der Vergangenheit Einsparungen von bis zu 45 % möglich.